

**a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)**

Name WVZ Wasserversorgungs-Zweckverband Maifeld-Eifel  
 Straße Eichenstr. 12  
 PLZ, Ort 56727 Mayen  
 Telefon 0 26 51/80 97-53 Fax 0 26 51/80 97-99  
 E-Mail kloeckner.m@wvz-me.de Internet http://www.wvz-me.de

**b) Vergabeverfahren** Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer 2026-03-04-0900

**c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen**

Zugelassene Angebotsabgabe

- ☒ elektronisch  
     ☒ in Textform  
     ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel  
     ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel  
☐ schriftlich

**d) Art des Auftrags**

- ☒ Ausführung von Bauleistungen  
☐ Planung und Ausführung von Bauleistungen  
☐ Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

**e) Ort der Ausführung**

56645 Nickenich  
Hochbehälter Laacher Weg  
Generalsanierung

**f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen**

Erneuerung der Schaltanlage  
3 Anreihenschaltschränke (bestückt mit Komponenten der MSR-Technik) einschl. Verkabelung  
und Gebäudeinstallation

**g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**

Zweck der baulichen Anlage \_\_\_\_\_

Zweck des Auftrags \_\_\_\_\_

**h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang der Lose siehe Buchstabe f)**

- ☒ nein  
☐ ja, Angebote sind möglich  
☐ nur für ein Los  
☐ für ein oder mehrere Lose  
☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

**i) Ausführungsfristen**

☒ Beginn der Ausführung: 01.10.2026  
☒ Fertigstellung oder Dauer der Leistungen: 30.11.2026  
☐ weitere Fristen \_\_\_\_\_

**j) Nebenangebote**

- ☐ zugelassen  
☒ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen  
☐ nicht zugelassen

**k) mehrere Hauptangebote**

- ☒ zugelassen  
☐ nicht zugelassen

**l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen**

Vergabeunterlagen werden

- ☒ elektronisch zur Verfügung gestellt unter:  
<https://www.subreport.de/E92196697>  
☐ nicht elektronisch zur Verfügung gestellt. Sie können angefordert werden bei:

- ☐ Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen:  
☐ Abgabe Verschwiegenheitserklärung  
☐ andere Maßnahme:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist.

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

- ☐ nachgefordert  
☒ teilweise nachgefordert und zwar folgende Unterlagen:  
 - fehlende Angaben aus Eigenerklärung zur Eignung (124)  
 - Sanktionen gegen Russland (217a)  
 - Erklärung Tariftreue (218)  
 - Erklärung Nachunternehmerleistung (233)  
 - Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (234)  
 - Erklärung Schwarzarbeit  
 - ergänzende Angaben zur Einholung aus dem Wettbewerbsregister

Nicht nachgefordert werden (und führen bei Nichtabgabe zum Ausschluss):

- fehlendes Angebotsschreiben (213) bzw. fehlende Unterschrift im Angebotsschreiben  
 - fehlende Preisangaben im Leistungsverzeichnis

- ☐ nicht nachgefordert

**o) Ablauf der Angebotsfrist** am 04.03.2026 um 09:00 Uhr

Ablauf der Bindefrist am 04.05.2026

**p) Adresse für elektronische Angebote** <https://www.subreport.de/E92196697>

Anschrift für schriftliche Angebote

**q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:** Deutsch

**r) Zuschlagskriterien**

- ☐ siehe Vergabeunterlagen  
☒ nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:

Preis

(Wertungssumme einschl. evtl. Wartungskosten): 100%

**s) Eröffnungstermin** am 04.03.2026 um 09:00 Uhr

Ort

56727 Mayen  
Eichenstraße 12

Die Angebotsöffnung findet ausschließlich elektronisch statt.

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen  
Bieter und deren Bevollmächtigte

**t) geforderte Sicherheiten**

Soweit die Auftragssumme mind. 250.000,00 € ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von 5 % der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten. Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt 3 % der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme).  
"Weitere besondere Vertragsbedingungen" gemäß Anlage.

**u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind**

Gemäß VOB/B (Details siehe Vergabeunterlagen)

**v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften**

**w) Beurteilung der Eignung**

Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:

- 1.) Eigenerklärung des Bieters
- 2.) Eigenerklärung des Bieters, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist.
- 3.) Eigenerklärung des Bieters zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft
- 4.) Eigenerklärung zum Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der Maßnahme vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
- 5.) Eigenerklärung über die Ausführung vergleichbarer Leistungen in den letzten fünf Jahren
- 6.) Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient.
- 7.) Erklärung des Bieters über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister bzw. ein den Rechtsvorschriften seines Sitzstaates.

Für die vorgenannten Auskünfte (Eigenerklärungen) sind entsprechende Formblätter den Vergabeunterlagen beigelegt (Formblatt 124, Formblatt 233).  
Ebenso zugelassen ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) als vorläufiger Beleg der Eignung.  
Eigenerklärungen und Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierung geführt werden, sind zugelassen.

Auf Verlangen der Vergabestelle sind durch den Bieter zum Beleg seiner Eigenerklärungen entsprechende weitere Nachweise vorzulegen, wie:

- Nachweis über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister bzw. ein den Rechtsvorschriften seines Sitzstaates wie Handelsregister, Partnerschaftsregister, Berufskammern der Länder, Handwerksrolle
- eine Bescheinigung in Steuersachen des zuständigen Finanzamtes über die vollständige Entrichtung von Steuern, die nicht älter als 13 Monate sein darf,
- Bescheinigungen der zuständigen Krankenkasse, tariflichen Sozialkasse und Berufsgenossenschaft über die vollständige Entrichtung von Beiträgen, die nicht älter als 13 Monate sein dürfen.
- Drei Referenzen mit folgenden Angaben: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären.

Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

Sämtliche einzureichenden Nachweise sind in den Vergabeunterlagen sowie im beigefügten Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen (Formblatt 216) aufgeführt.

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der "Eigenerklärung zur Eignung" genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

#### **x) Nachprüfung behaupteter Verstöße**

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Dieses Vergabeverfahren fällt in den Anwendungsbereich der Landesverordnung über die Nachprüfung von Vergabeverfahren durch Vergabeprüfstellen.

Bieter müssen erkannte oder erkennbare Verstöße innerhalb der jeweils geltenden Fristen des § 10 Abs. 3 dieser Verordnung gegenüber dem Auftraggeber rügen, andernfalls können Sie in vor der Vergabeprüfstelle in der Sache nicht gehört werden.

Vergabeprüfstelle, an die der Auftraggeber eventuelle Beanstandungen des Bieters weiterleitet, sofern der Bieter nicht ausdrücklich auf eine Weiterleitung verzichtet hat:

Vergabeprüfstelle beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Stiftsstraße 9

55116 Mainz

E-Mail: [vergabepuefstelle@mwvwlw.rlp.de](mailto:vergabepuefstelle@mwvwlw.rlp.de)

Telefon: 06131/162546

Sonstiges:

1.) Die Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabeplattform erhältlich. Ggf. erforderliche Änderungen an diesen Unterlagen oder zusätzliche Informationen werden ebenfalls ausschließlich über die Vergabeplattform kommuniziert. Registrierte Bieter werden hierüber automatisch informiert.

Es wird daher empfohlen, die Unterlagen mit Registrierung zu beziehen. Werden Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen, liegt die Information über die Aktualität dieser Unterlagen in der alleinigen Verantwortung des unregistrierten Bieters.

2.) Ergänzende Informationen oder sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform.

3.) Sofern sich ausländische Bieter am Wettbewerb beteiligen, haben sie geforderte Nachweise Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen.

Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen.

4.) Der Auftraggeber wendet die Regelungen des "Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (LTTG)" in der jeweils geltenden Fassung an.